

Berlin, 7.7.2020

Aus aktuellem Anlass fordert das Forum Netzpolitik der Berliner SPD:

Nein zur anlasslosen Vorratsdatenspeicherung! Ja zu besserer Prävention und Strafverfolgung durch Stärkung der klassischen Polizeiarbeit.

Das Forum Netzpolitik lehnt die erneuten Forderungen nach der Möglichkeit einer anlasslosen Vorratsdatenspeicherung für Polizei- und Sicherheitsbehörden ab. Es bleibt dabei: Eine verdachtsunabhängige und allumfassende Speicherung personenbezogener Daten im Auftrag des Staates passt nicht in unser Bild einer modernen freiheitlichen Demokratie.

Eine solche generelle Überwachungsorder wurde in der Vergangenheit mehrfach, sowohl vom Bundesverfassungsgericht als auch vom Europäischen Gerichtshof, als unvereinbar mit unseren Grundrechten befunden. Das erneute Fordern dieser in ihrem Nutzen überschätzten und in ihren Risiken unterschätzten Maßnahme durch einzelne, besonders dem konservativen Spektrum zugehörige, Innenpolitiker entbehrt jeglicher Logik und zeugt nicht nur von einer Missachtung höchstrichterlicher Entscheidungen, sondern auch von einem fragwürdigen Verständnis von Freiheitsrechten. Schwerste Straftaten, wie Kindesmissbrauch oder terroristische Aktivitäten, können und müssen aufgeklärt und verhindert werden, ohne die gesamte Bevölkerung unter Generalverdacht zu stellen. Eine personelle und technische Stärkung der Polizei, sowie gezielte Weiterbildungsmaßnahmen können hier weitaus wirksamere Mittel sein.

Wir danken unserer Bundesvorsitzenden Saskia Esken für ihre klaren Worte in dieser Sache. Bereits seit 2014 ist es in der Berliner SPD Beschlusslage, dass eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung als rechtlich unzulässig und politisch falsch abzulehnen ist.

Links zum Thema:

- Zusammenfassung der Positionen: https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/innenminister-diskutieren-ueber-vorratsdatenspeicherung-im-kampf-gegen-kindesmissbrauch
- Humoristische Aufarbeitung im Postillon 2015 : https://www.der-postillon.com/2015/06/gabriel-droht-katzenbaby-zu-ertranken.html
- SPD Berlin Beschlusslage 2015 auf Antrag des FNP: https://parteitag.spd.berlin/cvtx_antrag/vorratsdatenspeicherung-2/